

Nationalrat sagt Ja zum Bausparen

Zürich, 18. März 2010

## Bausparen schafft neue Steuerprivilegien für Reiche

**Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz ist sehr enttäuscht, dass der Nationalrat die beiden Bausparinitiativen aus den Reihen des Hauseigentümergebunds unterstützt. Das steuerbefreite Bausparen verursacht hohe Steuerausfälle, schafft noch mehr Steuerprivilegien für wenige und ist kein effektives Instrument für die Wohneigentumsförderung. Auch handelt es sich um eine Zwängerei: Das Stimmvolk hat eine Einführung des Bausparens bereits zweimal abgelehnt und an den Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert.**

Mit seinem Ja zum Bausparen schafft der Nationalrat ein weiteres Steuerprivileg für Reiche. Auf Grund der Progression profitieren von den steuerbefreiten Bausparabzügen Personen mit hohen Einkommen am meisten. Für Steuerpflichtige mit unteren und mittleren Einkommen sind die Steuereinsparungen viel geringer – wenn sie überhaupt Mittel für den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung auf die Seite legen können. Deshalb entpuppen sich die beiden Bausparinitiativen des Hauseigentümergebunds Schweiz und der Gesellschaft für die Förderung des Bausparens nicht als Instrument für eine zielführende Förderung des Wohneigentums, sondern als Volksbegehren für noch mehr Steuerprivilegien für wenige Reiche.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz wird das Bausparen in einer Volksabstimmung klar bekämpfen. Auch aufgrund der Verfassung geht es nicht an, neue Steuerprivilegien für WohneigentümerInnen und solche, die es werden wollen, zu schaffen. Die damit ausgelösten Sparprogramme treffen die Mietenden, die sich nie Eigentum leisten können, wesentlich mehr als die gut Situierten. Auch haben unabhängige Studien bewiesen, dass das Bausparen kein effizientes Instrument ist für die Förderung des Wohneigentums. Kantone, die das Bausparen kennen, weisen gegenüber den anderen keine höhere Eigentumsquote auf. Vorzuziehen sind direkte Förderungsmassnahmen. Es müssen Mittel gemäss dem Wohnraumförderungsgesetz für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Der MV verlangt aber auch mehr Sicherheit beim Wohnen für alle, die sich nie Eigentum leisten können; das heisst einen besseren Kündigungsschutz, griffige Preisschutzvorschriften.

Der SMV/D hofft, dass der Ständerat die Initiativen ablehnen wird, auch um Steuerausfälle in den Kantonen zu verhindern. Bereits im Steuerpaket, das 2004 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, bildete das Bausparen ein Ablehnungsgrund. Neben einer breiten Allianz von Fortschrittlichen hatten auch die Kantone erstmals seit dessen Einführung das Behördenreferendum ergriffen, da sie grosse Steuerausfälle befürchteten. Die von Nationalrat unterstützten Bausparinitiativen sind zudem auch eine Zwängerei, da das Stimmvolk die Einführung des Bausparens mittels der Initiative „Wohneigentum für alle“ des Hauseigentümergebunds Schweiz im Jahr 1999 ebenfalls ablehnte.

Für Auskünfte:

Anita Thanei, Präsidentin SMV/D: 079 634 47 18

Regula Mühlebach, Geschäftsleiterin: 043 243 40 42

Für weitere Informationen besuchen Sie die Homepage des MV. Auf [www.mieterverband.ch](http://www.mieterverband.ch) unter Aktuell/Medien finden Sie unser Positionspapier zur Wohneigentumsbesteuerung und zum Bausparen.